Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 90 Pfg., Reklamen 3.90 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 5gespaltene Korpuszeile 5 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 55. Sonntag den 6. März 1921. 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Fettverteilung. Das Wirtschaftsministerium hat die Ausgabe von Butter in der Woche vom 7. bis 13. März 1921 untersagt und die Abgabe der dadurch ersparten Butter an die Landesfettstelle zur Belieferung der Zuschußkommunalverbände angeordnet.

Im Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land werden daher auf die Zeit vom 7. bis 13. März 1921 50 g Schmalz als Brotaufstrich auf den Abschnitt „P" der Landesfettkarte ausgegeben. Die Krankenbutterkarten sind gleichfalls mit 50 g Schmalz zu beliefern.

Der Preis für das Pfund Schmalz beträgt 14 Mark.

Der Kommunalverband weist darauf hin, daß weder die Gemeindebehörden noch die Mitglieder der örtlichen Ernährungsausschüsse oder die Verkaufsstelleninhaber das Recht haben, die Ausgabe von Butter anstatt von Schmalz zu veranlassen. Wer unbefugt Butter abgibt oder sonst unbefugt über sie verfügt, wird nach § 35 der Speisefettbekanntmachung vom 20. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt. Diese Strafen treten ein, sofern nicht nach den allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuchs noch härtere Strafen wegen Nötigung, Bedrohung usw. verhängt werden müssen.

Die Verteilungsstellen haben ihren Bedarf an Schmalz **unverzüglich** der Butterzentrale Meißen, Görnische Gasse, anzumelden Nr. 233 II O.

Meißen, am 3. März 1921. 2712 **Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Antwort Deutschlands auf die Ablehnung seiner Vorschläge durch die Alliierten soll am nächsten Montag erfolgen.

* In Berlin sind Verhandlungen zur Bildung eines Reichskabinetts von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen mit Rücksicht auf die Londoner Forderungen im Gange.

* Die Berliner georgische Gesandtschaft bestätigt, daß russische Sowjettruppen in Georgien eingebrochen sind

* Der Reichsparteitag des Zentrums findet vom 10. bis 12. April in Berlin statt.

* Zur Sicherung der Abstimmung in Oberschlesien wird das Gebiet unter Belagerungszustand gestellt.

* In Stettin ist ein Generalstreik ausgebrochen, dem der Bürgerbund mit einem Abwehrstreik begegnen will.

* In Armenien ist die bolschewistische Räteregierung gestürzt und durch eine Regierung unter dem Präsidium Vrazians ersetzt worden.

* In Washington fand die Übernahme der Präsidentschaft durch Harding unter den üblichen Formen statt.

Der Bannstrahl.

Was hat sich in der Donnerstagsitzung der Londoner Konferenz eigentlich abgespielt? Wir waren ja wohl alle auf ziemlich harte Dinge gefaßt, nach der Art, mit der der britische Ministerpräsident in der ersten Sitzung, kaum das Dr. Simons seine Rede beendet hatte, die deutschen Gegenvorschläge behandelte. Aber das Sturzbad von Beschuldigungen, mit denen er, nach achtundvierzigstündiger Bedenkzeit, die deutsche Delegation überschüttete, wirkt trotzdem, und trotzdem man von dieser Seite her im Laufe der Jahre doch wirklich mancherlei erfahren hat, so verblüffend, daß man seinen Augen nicht trauen mag beim Lesen dieser neuesten Londoner Berichte. Es kommt hinzu, daß der Draht — zufällig, natürlich ganz zufällig — plötzlich seinen Dienst versagte, daß wir infolgedessen einstweilen nur Bruchstücke von Telegrammen vor uns haben, daß Widersprüche zwischen den amtlichen und privaten Meldungen vorliegen, die noch nicht aufzuklären sind, kurz, wir befinden uns vorläufig in einem Zustand der Verwirrung, der einer klaren Stellungnahme nicht gerade förderlich ist. Also muß das endgültige Urteil über die Antwort der Entente vorbehalten bleiben. Folgen wir bis dahin unserem Gefühl — es wird uns kaum in die Irre führen.

Lloyd George hat diesmal gegen Deutschland eine Sprache geführt, die allenfalls im Kriege zu rechtfertigen gewesen wäre. Aber da wir seit Jahr und Tag mit der Entente im Frieden leben, ist diese Art, ein großes Volk vor der ganzen Welt immer wieder wie einen strafwürdigen Verbrecher herunterzuputzen, nachgerade unerträglich geworden. Dr. Simons hat gegen sie sofort mit würdigen Worten Verwahrung eingelegt. Es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder reden wir eine Sprache, die auf der Gegenseite überhaupt nicht mehr verstanden wird, oder man will uns drüben nicht verstehen, auch wenn wir mit Engelszungen redeten. In dem einen wie im anderen Falle ist es unter unserer Würde, noch länger die Hand dazu zu bieten, daß die Ententevertreter den Schein von Konferenzen, den Schein von Verhandlungen aufrechterhalten können, wie sie es nötig zu haben glauben. Was sie uns jetzt wieder androhen, ist ein so himmelschreiender Vertragsbruch, daß ihr Wunsch nur zu begreiflich ist, die moralische Schuld auch für diese Gewaltiat abermals den Deutschen aufzubürden. Wie kann man noch von „Verhandeln" sprechen, wenn Revolver und Handgranaten schon bereitgelegt sind, mit denen man seinen Forderungen Nachdruck geben will. „Schießen Sie los, meine Herren", wäre vielleicht die richtige Antwort, „schießen Sie los — aber meine Unterschrift unter der Erklärung, daß Sie brave anständige Leute sind, die sozusagen nur das Werkzeug der himmlischen Vorsehung oder, wie Sie wollen, der irdischen Gerechtigkeit mich hier zu Tode quälen wollen, die bekommen Sie nicht!" Der Tatbestand ist wirklich sehr einfach, und die Redensarten, mit denen Lloyd George uns vorzuerzählen für gut hält, wie gut er es im Grunde mit dem deutschen Volke meine, er und seine Verbündeten, werden heute keinem Deutschen mehr den Verstand umnebeln. Er soll nur zuschlagen, wenn es ihm gefällt. Eine andere Antwort als „Nein" wird er diesmal kaum herauspressen Dr. Sy.

Aus Lloyd Georges Drohrede.

Sofort nach Eröffnung der Sitzung, welche die Ablehnung der deutschen Vorschläge durch die Alliierten brachte, nahm Lloyd George das Wort und führte u. a. aus:

Die deutschen Vorschläge stellten einen Angriff gegen den Grundgedanken des Versailler Friedensvertrages dar. Es läge durchaus nicht in der Absicht der Alliierten, Deutschland zu unterdrücken. Im Gegenteil, diese seien davon überzeugt, daß ein freies, zufriedenes und blühendes Deutschland eine notwendige Vorbedingung für den Frieden und das Wohlergehen Europas sei. Deutschland habe im Friedensvertrag seine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkannt und habe deshalb für die Kriegsschäden Reparation zu leisten. Er sei der Meinung, daß das deutsche Volk noch nicht genügend den Umfang der Zerstörungen würdige, die durch den von dem kaiserlichen Deutschland heraufbeschworenen Krieg verursacht seien. In längeren Ausführungen hierzu schilderte Lloyd George die Verwüstungen und Zerstörungen, die in den alliierten Ländern, insbesondere in Frankreich, angerichtet seien, und die nur zum geringen Teile von kriegerischen Operationen herrührten. Die Alliierten wären durchaus geneigt gewesen, die deutscherseits vorgebrachten Einwände gegen die Pariser Beschlüsse mit vollem Ernst zu prüfen. Wenn Deutschland zum Beispiel eine Verkürzung der Zahlungsfrist von 42 Jahren gefordert oder anstatt der 12 Prozent Ausfuhrabgabe eine seinen Bedürfnissen entsprechende gleichwertige Maßnahme vorgeschlagen hätte, so hätte hierüber gesprochen werden können. Demgegenüber aber müsse er feststellen, daß die deutschen Gegenvorschläge als Grundlage einer Besprechung oder Prüfung völlig ungeeignet seien, im Gegenteil eine Beleidigung und Herausforderung der Alliierten bildeten. Man müsse zu der Folgerung kommen, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen wolle, oder was noch schlimmer sei, die Kraft nicht habe, ihren Willen durchzusetzen. Angesichts dieser Sachlage habe er namens der Alliierten die Deutsche Regierung aufgefordert, bis Montag Mitteilung zu machen, ob sie die Pariser Beschlüsse annehme oder Gegenvorschläge zu unterbreiten gedenke, die eine gleichwertige Ausführung der aus dem Friedensvertrage Deutschland obliegenden Verpflichtung sicherstellten.

Unsterbliche falsche Behauptungen.

Donnerstag abend antwortete Lloyd George im Unterhause auf verschiedene Anfragen über die augenblickliche Situation. Eine der Anfragen lautete, ob die Haltung der deutschen Delegierten auf die Tatsachen zurückzuführen sei, daß Asquith erklärt habe, Deutschland könne nicht mehr als zwei Milliarden Pfund (20 Milliarden Goldmark) zahlen. Lloyd George sagte:

„Ich habe oft erklärt, daß die Deutschland vorgelegten Forderungen seiner Zahlungsfähigkeit entsprechen müssen. Die Vorschläge Simons sind unseres Erachtens aber viel geringer, bedauerlich geringer, ich kann wohl sagen, in absurdem Maße geringer als die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Deutschland ist, wie ich schon früher bemerkt habe, noch nicht in demselben Grade besteuert wie Frankreich und England, und es ist nicht möglich, daß wir zugeben, daß die Lage der Sieger schwerer ist wie die der Besiegten."

Die kürzliche Denkschrift des Reichsfinanzministers hat gründlich mit der immer wieder, diesmal auch von Lloyd George wiederholten falschen Behauptung, von der geringeren Besteuerung Deutschlands aufgeräumt.

*

Die Auffassung der Deutschen in London.

Berlin, 4. März.

Eine Entspannung der Lage, konstatiert ein Berichterstatter aus London am heutigen Morgen, hat in keiner Weise stattgefunden, obwohl dem geistigen Hochdruck der letzten Tage eine gewisse Erschlaffung gefolgt ist. Dr. Simons' Bericht nach Berlin hat den Zweck, neue Instruktionen einzuholen. Auffällig erscheint es, daß noch kein deutscher Sachverständiger nach London gerufen ist. Von einer Nachgiebigkeit auf der andern Seite ist nirgends etwas zu bemerken. Nachgiebigkeit soll nur von deutscher Seite gezeigt werden. Denn die Staatsmänner der Entente legen neben all den Werten, die sie bisher von den verschiedenen Konferenzen nach Hause gebracht haben, noch auf einen Effekt besonderen Wert: Die Sieger zu sein und Deutschland in der demütigenden Pose des immer Nachgiebigen zu zeigen. Daß Deutschland Vorschläge machen könnte, die, wie es in dem Ultimatum heißt, den Pariser Vorschlägen gleichwertig sein sollen, muß als ausgeschlossen bezeichnet werden.

Sind weitere Vorschläge möglich?

Weitere deutsche Vorschläge scheint im Gegensatz zu fast allen Korrespondenten der Sonderberichterstatter der Germania anzukündigen. Er schreibt dem von ihm vertretenen Blatte:

Es erscheint undenkbar, daß die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen werden. Das deutsche Volk und die Öffentlichkeit werden, so schwer es ihnen auch fallen mag, sich angesichts des bitteren Ernstes der Lage darauf einstellen müssen, daß seitens Deutschlands noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Ein Beweis dafür, daß neue Möglichkeiten bereits erwogen werden, ist die Tatsache, daß die nicht offiziellen Fäden zwischen den Deutschen und den Alliierten gestern noch fortbestanden und in privaten Unterredungen ihren Ausdruck fanden.

Wenn es sich hier mehr als um eine rein private Ansicht handeln sollte, wäre die Nachricht bemerkenswert. Sie stände allerdings in einem scharfen Gegensatz zu den Äußerungen, die ein Mitglied der deutschen Delegation zu einem Vertreter der Londoner „Central News" getan haben soll, und die das Blatt wie folgt wiedergibt: „Wir werden keine neuen Vorschläge machen, denn wir haben bereits alles angeboten, was Deutschland geben kann."

Umbildung der Regierung?

Berlin, 4. März.

Im Reichstag hat heute eine interfraktionelle Sitzung der Vorstände der Koalitionsparteien stattgefunden, in der die Rückwirkung der Londoner Ereignisse auf die innere Politik besprochen wurde. Der Gedanke „einer nationalen Einheitsfront" stand wieder im Vordergrunde. Verhandlungen über die Bildung einer Einheitskoalition schweben. Die Deutsche Volkspartei sucht eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten zustandezubringen. Indessen scheint man bei den Mehrheitssozialdemokraten wenig oder gar keine Neigung dafür zu haben. Es bleibt dann also nur noch das Problem einer Hinzuziehung der Mehrheitssozialdemokraten zur gegenwärtigen Regierung. Ob aus diesem Plan etwas wird, läßt sich noch nicht sagen. Die Verhandlungen zwischen den Parteiführern und dem Reichskanzler drehten sich um die Frage der Umbildung der Regierung und der Koalition.

Deutscher Reichstag.

(75. Sitzung.) CB. Berlin, 4. März.

Die heutige Sitzung stand von Beginn an völlig unter dem Eindruck der Vorgänge in London. Das Haus war stark besetzt und es herrschte große Spannung und lebhafte Erregung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Präsident Loebe, er habe sich in der Angelegenheit der Londoner Verhandlungen mit der Anfrage an die Reichsregierung gewandt, ob sie in der Lage sei, Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen zu geben. Die Reichsregierung habe dieses verneint, weil die Informationen aus London noch nicht vollständig seien und der amtliche Text der Erklärung des englischen Ministerpräsidenten noch nicht hier wäre. Er hielte sich indessen in ständiger Fühlung mit dem Kabinett und werde dafür Sorge tragen, daß der Wortlaut dem Hause so bald wie möglich mitgeteilt werde.

Abg. Ledebour (Unabh.) verlangt darauf sofortige Beratung der Mitteilungen der fremden Regierungen, und der Abg. Levi (Komm.) schloß sich diesem Verlangen an. Der Antrag Ledebour wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten abgelehnt. Nun wandte man sich den auf der Tagesordnung an erster Stelle stehenden kleinen Anfragen zu. Auf eine Anfrage der thüringischen Abgeordneten wegen Benachteiligung Halles und der thüringischen Städte durch Verlegung des Schnellzugverkehrs von Berlin nach München über Leipzig-Hof wurde durch die Regierung erwidert, es bestehe nicht die Absicht, den Schnellzugverkehr über Halle einzuschränken, es solle lediglich der Verkehr über Leipzig etwas erweitert werden. Darauf kam man zu der

Beratung des Reederei-Abfindungsvertrages.

Der Abg. Schiffer (Dem.) beantragt die Absetzung dieser Vorlage von der Tagesordnung, da augenblicklich nicht die Zeit zu umfangreichen Verhandlungen sei. Abg. Vogtherr (Unabh.) erklärt dagegen, daß er in diesem Antrage das Bestreben erblicke, nach außen hin eine Einheitlichkeit vorzutäuschen, die in Wahrheit nicht bestehe. Seiner Partei werde dadurch die Möglichkeit genommen, die letzten Ereignisse im Reedereigewerbe in Flensburg zur Sprache zu bringen. In Stettin sei heute mittag 12 Uhr der Generalstreik ausgebrochen, weil das Reedereikapital den Wünschen der Arbeiter nicht entsprochen habe. Regierung und Reichstag hätten die Pflicht, hier einzugreifen.

Die im Hause bereits vorhandene Unruhe steigerte sich bei diesen Ausführungen des Abg. Vogtherr immer mehr. Es wurden erregte Zurufe laut, und der Abg. Vogtherr wurde wiederholt aufgefordert, Schluß zu machen

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF